

Das Konzept des Dr. Wolfgang Harich

Wie sich Intellektuelle der Sowjetzone eine Reform an Haupt und Gliedern der Einheitspartei vorstellen

Dr. Wolfgang Harich ist in Ost-Berlin wegen hochverrätherischer Umtriebe zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Was Harich und seine Freunde wollten, geht aus ihrem Programm hervor, das das Ostbüro der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands veröffentlichte. Es hat folgenden Wortlaut (Die Zwischenüberschriften stammen von der Redaktion; die Abkürzungen KP für Kommunistische Partei, SED für Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, DDR für Deutsche Demokratische Republik [Sowjetzone] und ZK für Zentralkomitee bleiben erhalten):

Wir sind eine Gruppe von SED-Funktionären, die über eine breite bewußte und über eine noch breitere unbewußte Anhängerschaft verfügt. Diese Anhängerschaft hat sich besonders aus den Kulturinstitutionen der DDR herausgebildet, aus Universitäten, Hochschulen, Zeitungsredaktionen, Verlagen und Lektoraten.

Wir lernten besonders aus den Beschlüssen des Zwanzigsten Parteitag der KPdSU und aus unseren Kontakten mit ausländischen Genossen. Durch persönliche Diskussionen mit polnischen, ungarischen und jugoslawischen Genossen wurden wir in der Richtigkeit unserer Auffassungen bestätigt. Besonderen Einfluß hat auf unsere ideologische Entwicklung der Genosse Georg Lukacs genommen.

Bertolt Brecht hat mit unserer Gruppe bis zu seinem Tode stark sympathisiert und in ihr die gesunden Kräfte der Partei gesehen. In unseren häufigen Diskussionen mit Bertolt Brecht konnten wir feststellen, wie verbittert er über die bestehenden Zustände in der DDR war.

In unserer Gruppe fand ein langer ideologischer Klärungsprozeß statt, der seinen Anfang kurz nach Stalins Tod nahm und durch den 17. Juni stark beschleunigt wurde. Nach dem Zwanzigsten Parteitag der KPdSU haben wir eine Plattform über den besonderen deutschen Weg zum Sozialismus ausgearbeitet und wollten sie in der Partei diskutieren.

Wir haben versucht, diese Plattform an die Parteiführung heranzutragen. Aber wir wurden abgewiesen und überhaupt nicht empfangen. Fred Oelssner, Paul Wandel und Kurt Hager ließen uns in ihren Vorzimmern abfertigen, ohne sich über unser Anliegen zu informieren und ohne unsere Plattform entgegenzunehmen.

Daraufhin sahen wir uns gezwungen, dem sowjetischen Botschafter in der DDR — Genossen Puschkin — unsere Plattform zu überreichen, um sie auf diesem Wege an unsere Parteiführung heranzutragen.

Wir wollen keine Renegaten sein

Wir sind der Meinung, daß unsere politische Plattform als Grundlage einer Diskussion über die Erneuerung der Partei dienen kann. Wir haben nicht die Absicht, einen Bruch mit der Kommunistischen Partei herbeizuführen. Wir wollen keine Renegaten werden wie beispielsweise der Exkommunist Arthur Koestler. Wir wollen nicht mit dem Marxismus-Leninismus brechen, aber wir wollen ihn vom Stalinismus und vom Dogmatismus befreien und auf seine humanistischen und undogmatischen Gedankengänge zurückführen.

Wir wollen unsere Konzeption vom besonderen deutschen Weg zum Sozialismus und unsere Plattform eines vom Stalinismus befreiten Marxismus-Leninismus vollkommen legal in der Partei und in der DDR diskutieren und verwirklichen. Diese Legalität findet aber dort

Parteiführung gegenüber den Ereignissen in Polen und Ungarn. Man geht in unserer Partei trotz gegenteiliger offizieller Behauptungen systematisch zum Personenkult zurück.

Man würgt in unserer Partei die Diskussionen ab, knebelt die Presse und bezeichnet vollkommen unmarxistisch jede Unzufriedenheit der Arbeiter als das Werk imperialistischer Agenten. In einer solchen Situation darf



Dr. Wolfgang Harich

die Parteidisziplin nicht Selbstzweck werden. Wir haben in Karl Liebknecht unser Vorbild, der 1914 und 1918 die Parteidisziplin brach, um die Partei zu retten.

Wenn wir daher mit unserer gegenwärtigen Parteiführung brechen, so bedeutet dieser Bruch keinen Bruch mit der Kommunistischen Partei, denn eine Parteiführung ist niemals identisch mit der Partei. Wir haben auch nicht die Absicht, die DDR ins Stich zu lassen und uns als Bürger der DDR der Verantwortung für den augenblicklich herrschenden Zustand in der DDR zu entziehen.

Wir haben alle Schuld an der Situation, wie sie von unserer Partei in der DDR herbeigeführt worden ist. Darum haben wir jetzt auch die Pflicht, diese Situation in unserem Sinne zu ändern und für eine solche Aenderung zu kämpfen.

Darum ist es auch unsere Pflicht, von unserer Seite her eine neue Haltung gegenüber der SPD einzunehmen; denn die SPD ist die stärkste Arbeiterpartei Deutschlands und hat in Westdeutschland die Einheit der Arbeiterklasse verwirklicht.

Wir sind mit der SPD in vielen Punkten nicht einverstanden. Das sind vor allen Dingen die in der SPD vorhandenen bürgerlich-demo-

kratischen Kräfte der Partei an die Spitze setzen, führt dieser Kampf zur Ueberwindung der Entartung und zur Weiterentwicklung zum Sozialismus hin. Polen ist dafür der deutlichste Beweis.

Der stalinistische Apparat hat seit Stalins Tod gemerkt, daß es so nicht weitergeht und Konzessionen an die Volksmassen gewährt werden müssen. Ausdrück dafür waren der Malenkow-Kurs in der UdSSR und die Stalin-Kritik Chruschtschows. Der Zwanzigste Parteitag der KPdSU war der Versuch, die drohende Revolution von unten durch eine Revision von oben aufzufangen. Darum enthält der Zwanzigste Parteitag der KPdSU sowohl Elemente des Alten als auch Elemente des Neuen, die sich aber in der Praxis noch nicht durchsetzen konnten, weil der alte stalinistische Apparat erbitterten Widerstand leistet.

Gegenwärtig versucht die Sowjetunion die Entstalinisierung auf die Volksdemokratien genau so schematisch zu übertragen wie früher die Sjalinisierung. Daraus entstehen Reibungen und Versuche, die Entstalinisierung in den Volksdemokratien auf eigene Weise zu lösen. Das zwingt die Sowjetunion wiederum, auf diese Versuche stalinistisch zu reagieren und zu typisch faschistischen Methoden zu greifen.

Beweise:

Falsche Stellungnahme der UdSSR zum Togliatti-Interview nach dem Zwanzigsten Parteitag der KPdSU;

Zirkularbrief der KPdSU an alle Kommunistischen Parteien über Jugoslawien;

Verhalten gegenüber Polen und Ungarn; Aufrechterhalten des Stalinismus in der DDR.

Zu diesem Rückfall der Sowjetunion in den Stalinismus ist zu sagen, daß damit der Anspruch der UdSSR auf eine Führerrolle innerhalb des sozialistischen Lagers nicht mehr berechtigt ist, obwohl die UdSSR das stärkste sozialistische Land der Welt ist. Die gegenwärtige nationalistisch-stalinistische Position der KPdSU kann nur überwunden werden, wenn sie auf den Zwanzigsten Parteitag und den Malenkow-Kurs zurückgezogen wird.

Von innen her reformieren

Aus der gegebenen Einschätzung der heutigen Situation ziehen wir für die SED und für die DDR folgende Schlussfolgerungen:

Wir wollen die Partei von innen her reformieren. Wir wollen auf den Positionen des Marxismus-Leninismus bleiben. Wir wollen aber weg vom Stalinismus. Daraus ergibt sich für die Theorie des Marxismus-Leninismus:

Sie muß ergänzt und erweitert werden durch die Erkenntnisse Trotzki's und vor allen Dingen durch die Bucharins, sie muß ergänzt und erweitert werden durch die Erkenntnisse Rosa Luxemburgs und teilweise auch durch die Karl Kautskys. Ferner müssen wir das Wertvolle aus den Erkenntnissen Fritz Sternbergs und anderer sozialdemokratischer Theoretiker in die Theorie des Marxismus-Leninismus übernehmen. Wir müssen die jugoslawischen Erfahrungen und Erkenntnisse in die Theorie des Marxismus-Leninismus mit aufnehmen; und das Neue aus den theoretischen Diskussionen in den Ländern Polen und China, wobei besonders der Achte Parteitag der chinesischen KP von besonderer Bedeutung ist.

Bedingungen Deutschlands entspricht; Auflösung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, um eine Katastrophe in der landwirtschaftlichen Produktion zu verhüten; Entwicklung eines gesunden Klein- und Mittelbauerntums.

Schluß mit dem Kirchenkampf

Wiederherstellung der völligen Geistesfreiheit; Schluß mit dem Kirchenkampf, der die Partei von den religiösen Schichten der Bevölkerung isoliert; Herstellung der Autonomie der Universitäten; völlige Herstellung der Rechtssicherheit in der DDR; Auflösung des SSD und der Geheimjustiz.

Schaffung einer Regierungsform in der DDR durch ein erweitertes Blocksystem, an dessen Spitze eine reformierte SED steht. Wiederherstellung der völligen Souveränität des Parlamentes.

Aufstellung von Einheitslisten des Blocks mit mehreren Kandidaten bei den Wahlen, so daß die Bevölkerung wirklich eine Wahl vornehmen kann; die reformierte SED muß dabei an der Spitze bleiben; durchgreifende Entbürokratisierung der Verwaltung von oben nach unten.

Entwicklung einer Außenpolitik, die an dem Bündnis mit dem sozialistischen Lager bei Wahrung der völligen Unabhängigkeit und Gleichberechtigung festhält; freie und unabhängige Beratungen notwendiger Maßnahmen und der gemeinsamen Politik mit den Genossen anderer volksdemokratischer Länder.

Wenn wir diese Reformen in der DDR durchführen und einen Lebensstandard schaffen, der zwar nicht an den Lebensstandard Westdeutschlands heranreicht, aber eine

Mehr sozialdemokratische Züge

Da in Westdeutschland die Einheit der deutschen Arbeiterklasse durch die SPD verwirklicht worden ist, würde eine zukünftige einheitliche deutsche Arbeiterbewegung zwangsläufig durch den größeren Einfluß der SPD mehr die Züge der SPD annehmen als die der reformierten SED; aber zweifellos würde diese künftige einheitliche deutsche Arbeiterbewegung stärker links orientiert sein als die heutige SPD. Bevor wir jedoch an die SPD herantreten können, um ihr Forderungen zu stellen, müssen wir als SED Trennendes beiseite stellen.

Uns trennt von der SPD gegenwärtig zwar vieles (bürgerlich-demokratische Illusionen, Tendenzen zum Opportunismus usw.), aber vor allem trennt uns von der SPD der Stalinismus. Darum muß sich die SED vom Stalinismus trennen, bevor eine Zusammenarbeit mit der SPD wirklich ehrlich möglich werden kann.

Erst wenn wir uns von unseren Fehlern trennen, können wir die Fehler der SPD kritisieren, wobei jedoch ein für allemal Schluß ge-

grundsätzliche Verbesserung der Situation gegenüber der stalinistischen Ära darstellt, dann haben wir auch das Recht, Westdeutschland Bedingungen zu stellen. Als Grundsatz unserer gesamtdeutschen Politik gilt:

In einem wiedervereinigten Deutschland darf es nicht zu einer kapitalistischen Restauration kommen.

Bevor es zu einer Wiedervereinigung kommen kann, müßten in der westdeutschen Bundesrepublik durch eine zukünftige SPD-Mehrheit im Bundestag folgende Maßnahmen durchgeführt werden: Rückgängigmachung der Remilitarisierung; Entfernung von Faschisten und Militaristen aus den staatlichen Stellen in der Bundesrepublik; Verstaatlichung der westdeutschen Schlüsselindustrie; Aufteilung des Großgrundbesitzes, wo dies volkswirtschaftlich und politisch notwendig ist; Beseitigung des kapitalistischen Bildungsprivilegs in der Bundesrepublik; Austritt Westdeutschlands aus der Nato.

Durch eine solche Politik der SPD würden gesamtdeutsche freie Wahlen zur Tatsache werden. In diesen Wahlen würden die restaurativen Kräfte in der Bundesrepublik und die Stalinisten in der DDR restlos isoliert werden.

Wir sind uns darüber klar, daß bei einer solchen Politik die SPD bei gesamtdeutschen freien Wahlen die Mehrheit in ganz Deutschland bekäme. Eine reformierte SED müßte diese Entscheidung des deutschen Volkes bedingungslos anerkennen und respektieren.

Voraussetzung für eine zukünftige Einheit der deutschen Arbeiterbewegung ist eine vom Stalinismus befreite SED, die in ihren Anschauungen und in ihrer Politik völlig unabhängig ist. Wenn wir die SED reformieren, so wäre eine reformierte SED nur noch eine linke marxistische Bewegung, die nichts mehr mit der KP alten Typus und ihrer verhängnisvollen Entartung gemeinsam hätte. Damit würde alles wegfallen, was einer Einheit der deutschen Arbeiterbewegung im Wege steht.

macht werden muß mit der Diffamierung der SPD als kapitalistische Agentur.

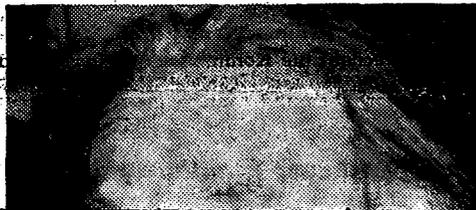
Der erste Schritt zur Zusammenarbeit mit der SPD muß gegenwärtig sein: Konspirative Zusammenarbeit der oppositionellen SED-Genossen mit der SPD zur Bekämpfung des Stalinismus, damit die ehrlichen und gesunden Kräfte der SED die SED von innen her erobern können.

Wenn das gelungen ist, dann können offizielle Kontakte zwischen der SPD und der reformierten SED aufgenommen werden. Daraus könnten sich die Keime einer zukünftigen Einheit zwischen der SPD und der reformierten SED entwickeln, wobei bei einer Einheit keine Partei die andere schlucken darf.

Stalinisten, die sich bis zuletzt an den Verbrechen der Ulbricht-Gruppe beteiligt haben, dürfen nicht in die neue Arbeiterpartei aufgenommen werden, sondern nur solche Kräfte, die aktiv gegen die stalinistische Entartung der SED gekämpft haben.

Fraktionsbildung und Konspiration

Gegen uns steht der stalinistische Partei- und Staatsapparat. Gegen diesen reaktionären Apparat müssen wir mit ganzer Kraft kämpfen. Die Grundlagen unserer oppositionellen Arbeit sind das Parteistatut der SED, der Zwanzigste Parteitag der KPdSU und die Beschlüsse des 28. Plenums des ZK der SED. Wir wollen auf dieser Grundlage unsere oppositionelle Arbeit vollkommen legal betreiben; aber



weise der Exkommunisten Arthur Koestler. Wir wollen nicht mit dem Marxismus-Leninismus brechen, aber wir wollen ihn vom Stalinismus und vom Dogmatismus befreien und auf seine humanistischen und undogmatischen Gedankengänge zurückführen.

Wir wollen unsere Konzeption vom besonderen deutschen Weg zum Sozialismus und unsere Plattform eines vom Stalinismus befreiten Marxismus-Leninismus vollkommen legal in der Partei und in der DDR diskutieren und verwirklichen. Diese Legalität findet aber dort ihre Grenze und ihr Ende, wo die gegenwärtige Parteiführung den Boden der Legalität verläßt. Nach unserer Meinung hat die Parteiführung diesen Boden der Legalität bereits verlassen. Ausdruck dafür war die Dritte Parteikonferenz der SED mit ihrer Verniedlichung des Zwanzigsten Parteitag der KPdSU. Ausdruck dafür ist ferner das Verhalten unserer

Nicht allein die Kommunisten machen selig

Wir sind der Ansicht, daß der Kapitalismus in Westeuropa seinem Ende zugeht und historisch überlebt ist. Wir sind der Ansicht, daß der Sieg des Sozialismus in Westeuropa unvermeidlich ist. Wir glauben aber nicht, daß der Sieg des Sozialismus in Westeuropa durch eine Revolution herbeigeführt werden muß. Wir glauben, daß der westeuropäische Sozialismus den Kapitalismus in friedlicher Weise ablösen wird.

Wir sind der Ansicht, daß dieser Umwandlungsprozeß des Kapitalismus in den Sozialismus in Westeuropa nicht überall unter der Führung der Kommunistischen Partei vor sich gehen wird, sondern daß in vielen Ländern die Kommunisten diesen Prozeß überhaupt nicht werden leiten können.

Der Sozialismus ist ein objektiver Prozeß und nicht an den Namen einer Partei gebunden, die sich mit dem Sozialismus identifiziert. Wir sind der Meinung, daß in Westdeutschland nur die SPD den Sozialismus verwirklichen kann, weil die Kommunisten in Westdeutschland jeglichen Einfluß auf die westdeutsche Arbeiterklasse verloren haben.

In England kann der Sozialismus aus den gleichen Gründen nur durch die Labour Party verwirklicht werden. In Italien nur durch die linken Sozialisten.

In einem wiedervereinigten Deutschland kann nur die SPD im Bündnis mit den echten sozialistischen Kräften in der SED den Sozialismus errichten oder, worauf wir noch später kommen werden, eine neue sozialistische Partei der deutschen Arbeiterklasse, hervorgegangen aus der Verschmelzung der SPD mit einer reformierten SED, die die Stalinisten aus ihren Reihen entfernt hat.

Für Deutschland lehnen wir den ausschließlichen Führungsanspruch einer kommunistischen Partei beim Aufbau des Sozialismus ab, weil eine derartige sektiererische Konzeption nicht der real existierenden Situation in Deutschland gerecht wird und zum Scheitern verurteilt ist.

Freiheitliche Ideen des Westens

Die realen Möglichkeiten für eine sozialistische Entwicklung in Europa sehen wir in folgendem:

Im Osten Europas sind Wirtschaftsstrukturen entstanden, die bei einer radikalen Reform und Ueberwindung ihrer Entartung geeignet sind, in den östlichen Ländern den Sozialismus eher zu verwirklichen, als dies in den westeuropäischen Ländern mit ihren überwiegend kapitalistischen Wirtschaftsstrukturen möglich sein wird.

Eine radikal entstalinisierte östliche Wirtschaftsstruktur in der UdSSR und in den Volksdemokratien wird im Verlaufe der weiteren Entwicklung den kapitalistischen Westen allmählich beeinflussen.

Gleichzeitig wird der Westen den Osten mit demokratischen und freiheitlichen Ideen und Auffassungen beeinflussen und den Osten zwingen, sein totalitäres und despotisches politisches System Schritt für Schritt abzubauen.

In dieser wechselseitigen Beeinflussung und Durchdringung sehen wir die Verwirklichung

der Freiheitlichen Ideen des Westens. Darum haben wir jetzt auch die Pflicht, diese Situation in unserem Sinne zu ändern und für eine solche Aenderung zu kämpfen.

Darum ist es auch unsere Pflicht, von unserer Seite her eine neue Haltung gegenüber der SPD einzunehmen; denn die SPD ist die stärkste Arbeiterpartei Deutschlands und hat in Westdeutschland die Einheit der Arbeiterklasse verwirklicht.

Wir sind mit der SPD in vielen Punkten nicht einverstanden. Das sind vor allen Dingen die in der SPD vorhandenen bürgerlich-demokratischen und teilweise auch opportunistischen und revisionistischen Tendenzen. Aber wir sind mit der SPD in den zentralsten Fragen einverstanden. Aus dieser Uebereinstimmung in den zentralsten Fragen ergibt sich auch die Möglichkeit zur Ueberwindung der Spaltung Deutschlands.

einer echten Koexistenz, die dem Osten politische Freiheit und Demokratie und dem Westen Wirtschaftsstrukturen bringen wird, die er zumindest für seine Grundstoffindustrie übernehmen muß.

Diesen Prozeß wollen wir in der DDR beschleunigen, um damit den Gegensatz Ost-West abzuschleifen und zu einem friedlichen Zusammenleben in Europa zu kommen.

Sowjetunion nicht mehr vorbildlich

Unser Verhältnis zur UdSSR wird durch folgende Ueberlegungen bestimmt:

Wir sehen in der UdSSR den ersten sozialistischen Staat der Welt. An dieser Tatsache konnte auch der Stalinismus nichts ändern. Der sowjetische Sozialismus kann jedoch nicht vorbildlich für alle Länder sein und ist es selbst im Innern der UdSSR nicht mehr. Er ist in seiner heutigen Form zu einem Hemmnis für eine weitere sozialistische Entwicklung der UdSSR geworden.

Diese Formen des sowjetischen Sozialismus waren für eine ganze historische Epoche unvermeidlich und erwachsen aus der Rückständigkeit Rußlands, aus seinen fehlenden demokratischen Traditionen, aus dem Ueberhandnehmen des Partei- und Staatsapparates über das öffentliche Leben und aus dem Bestreben, den Westen in seiner industriellen Entwicklung schnellstens einzuholen und zu überholen.

Die forcierte Industrialisierung in der UdSSR war historisch notwendig, und Trotzki hatte in dieser Frage gegenüber Stalin unrecht. Trotzki hatte abeg gegenüber Stalin recht in der Frage, daß die Methoden und Formen der Industrialisierung in der UdSSR zur Entartung der bolschewistischen Partei und des Sowjetstaates führen müssen. Diese Entartung des Sowjetstaates und der KPdSU hat zur Kritik des Zwanzigsten Parteitages an den Methoden und Formen des Stalinismus geführt.

Chruschtschows Stalinkritik war aber keine marxistische Analyse und berührte nicht die Grundfragen der Entartung des Sowjetsystems. Sie berührte vor allen Dingen nicht die Grundfragen des Verhältnisses der UdSSR zu den Volksdemokratien.

Nach 1945 hat die Sowjetunion den Volksdemokratien gegenüber einerseits eine progressive Rolle gespielt. Das betrifft vor allen Dingen die Fragen der Zerschlagung des Kapitalismus und des Großgrundbesitzes in diesen Ländern. Andererseits übertrug die Sowjetunion nach 1945 ihre politischen Formen, die für die Sowjetunion selbst schon ein Hindernis geworden waren, auf die Volksdemokratien. Das ist die reaktionäre Rolle der UdSSR nach 1945 gegenüber den Volksdemokratien.

Es kam zur Ausbeutung der Volksdemokratien und zur Ignorierung ihrer Gleichberechtigung und nationalen Unabhängigkeit durch die Sowjetunion. Heute ist es offensichtlich, daß die Politik der UdSSR gegenüber den Volksdemokratien restlos fehlgeschlagen ist. Dieses Fehlschlagen äußerte sich in der Zersetzung und Auflösung des sozialistischen Lagers.

Der Widerstand der Volksdemokratien gegen die Vorherrschaft der UdSSR ist Ausdruck des revolutionären Klassenkampfes der

Rosa Luxemburgs und teilweise auch durch die Karl Kautskys. Ferner müssen wir das Wertvolle aus den Erkenntnissen Fritz Sternbergs und anderer sozialdemokratischer Theoretiker in die Theorie des Marxismus-Leninismus übernehmen. Wir müssen die jugoslawischen Erfahrungen und Erkenntnisse in die Theorie des Marxismus-Leninismus mit aufnehmen und das Neue aus den theoretischen Diskussionen in den Ländern Polen und China, wobei besonders der Achte Parteitag der chinesischen KP von besonderer Bedeutung ist.

Wider die Herrschaft des Apparats

Organisatorisch ergeben sich für unsere Partei folgende Maßnahmen:

Die Herrschaft des Parteiapparates über die Mitglieder muß radikal gebrochen werden. Der demokratische Zentralismus muß nach den Prinzipien von Marx, Engels und Lenin in der Praxis unserer Partei wiederhergestellt werden. Die Stalinisten müssen aus der Partei ausgeschlossen werden.

Folgende Reformen sind in der DDR notwendig:

Die Produktion muß auf die Erhöhung des Lebensstandards der Volksmassen umgestellt werden (Malenkow-Kurs); mit der Normentreibung muß radikal Schluß gemacht werden. In den sozialistischen Betrieben und im sozialistischen Handel muß die Gewinnbeteiligung eingeführt werden; für die Arbeiter muß die Alterspension ebenso gesetzlich eingeführt werden wie für die Intelligenz; es muß Schluß gemacht werden mit den Prämien für die Spitzenfunktionäre.

In allen sozialistischen Betrieben müssen Arbeiterräte nach jugoslawischem Vorbild eingeführt werden; die mittelständische private Industrie muß gefördert und mit der volkseigenen Industrie gleichgestellt werden.

Mit der Zwangskollektivierung muß Schluß gemacht werden, weil sie nicht den besonderen

die aktiv gegen die stalinistische Entartung der SED gekämpft haben.

Fraktionsbildung und Konspiration

Gegen uns steht der stalinistische Partei- und Staatsapparat. Gegen diesen reaktionären Apparat müssen wir mit ganzer Kraft kämpfen. Die Grundlagen unserer oppositionellen Arbeit sind das Parteistatut der SED, der Zwanzigste Parteitag der KPdSU und die Beschlüsse des 28. Plenums des ZK der SED. Wir wollen auf dieser Grundlage unsere oppositionelle Arbeit vollkommen legal betreiben; aber wir greifen auch zur Methode der Fraktionsbildung und der Konspiration, wenn uns der stalinistische Apparat dazu zwingt.

Wir nehmen Verbindung zu oppositionellen Kräften in den Volksdemokratien auf, um gegenseitig Erfahrungen auszutauschen.

Die oppositionellen SED-Genossen müssen enge Kontakte zur Bevölkerung in der DDR herstellen, die Politik der Parteiführung in der Bevölkerung kritisieren, die Kluft zwischen Bevölkerung und gegenwärtiger SED-Führung vertiefen, aber gleichzeitig einen Volksaufstand in der DDR verhindern.

Die Gefahr eines Aufstandes der Bevölkerung in der DDR wäre nur gegeben, wenn die stalinistische Ulbricht-Gruppe weiterhin an der Spitze unserer Partei bliebe und es den oppositionellen Kräften in der SED nicht gelänge, die Stalinisten aus der Parteiführung zu entfernen.

Wenn uns jedoch die Reformierung der SED auf der Grundlage der vorliegenden Plattform von innen her gelingt, dann wird es keinen zweiten Volksaufstand in der DDR geben. Das verpflichtet uns, alle unsere Kräfte einzusetzen, um die Partei von den Stalinisten zu säubern und durch eine veränderte Politik das Vertrauen der Arbeiterklasse und des gesamten Volkes wiederzugewinnen.



Professor Georg Lukacs, Literarkritiker und Philosoph von hohen Graden, auf den Harich und seine Freunde sich berufen, ist der bedeutendste und auch im Westen bekannteste Theoretiker des Marxismus. Er wurde nach dem ungarischen Aufstand mit Imre Nagy aus Budapest fortgeschafft. Sein Aufenthalt ist nicht bekannt. (Foto: dpa)

Die Europäische Atomgemeinschaft

Auszug aus dem Inhalt des Vertrages über Euratom / Von Joachim Schwelien

Nach dem Auszug aus dem Inhalt des Vertrages über den Gemeinsamen Markt (vergleiche F.A.Z. vom 6. März) veröffentlichten wir heute eine zusammengefaßte Angabe des Inhalts des „Vertrages über die Gründung einer europäischen Atomgemeinschaft“ (EURATOM). Beide Verträge werden am 25. März in Rom von den sechs Mitgliedstaaten, Frankreich, Italien, Belgien, Holland, Luxemburg, Bundesrepublik Deutschland, unterzeichnet.

Der Vertrag über die Europäische Atomgemeinschaft in der inzwischen nur unwesentlich geänderten Fassung des Entwurfes vom 4. März 1957 umfaßt mit den fünf Anhängen 158 Seiten. Er ist in sechs Titel und die Schlußbestimmung gegliedert und setzt sich aus 224 Artikeln zusammen. In der Präambel wird erklärt, die Kernenergie sei eine wesentliche Kraftquelle zur Entwicklung der Produktionskräfte. Nur unverzügliche gemeinsame Bemühungen der sechs Partner könnten die Voraussetzungen für die Entwicklung einer kraftvollen Kernindustrie als bedeutende Energiequelle und für zahlreiche andere Anwendungsmöglichkeiten schaffen. Die Unterzeichner äußern den Wunsch, die Mitwirkung anderer Länder an der Gemeinschaft herbeizuführen und mit den internationalen Organisationen für die friedliche Entwicklung der Atomenergie zusammenzuarbeiten.

Was zu den Aufgaben gehört

Im Titel I werden folgende Aufgaben der Gemeinschaft genannt: Förderung der Forschung, Verbreitung der technischen Kenntnisse, das Aufstellen einheitlicher Sicherheitsnormen für den Gesundheitsschutz von Bevölkerung und Arbeitnehmern und ihre Anwendung, Erleichterung der Investitionen, regelmäßige und gerechte Versorgung aller Benutzer mit Erzen und Kernbrennstoffen. Geeignete Kontrollen sollen gewährleisten, daß das Kernmaterial nicht anderen als den vorgesehenen Zwecken zugeführt wird. Die Ge-

meinschaft soll das ihr zuerkannte Eigentumsrecht an besonderen spaltbaren Stoffen ausüben, ausgedehnte Absatzmärkte und den Zugang zu den besten technischen Mitteln sichern und auf dem Gebiet der Kernenergie zu den anderen Ländern und den internationalen Organisationen die Verbindungen herstellen.

Analog den Bestimmungen des Gemeinsamen Marktes hat die Atomgemeinschaft folgende Organe:

1. eine Versammlung, die sich aus von den Parlamenten der Mitgliedstaaten ernannten Abgeordneten zusammensetzt. Von den 142 Abgeordneten stellen die Bundesrepublik, Frankreich und Italien je 36, Belgien und Holland je 14, Luxemburg 6. Sie hat jährlich eine — Ende Oktober beginnende — Sitzungsperiode und übt Beratungs- und Kontrollbefugnisse aus.
2. Einen Rat, der aus je einem Regierungsmitglied der sechs Unterzeichner zusammengesetzt wird (Ministerrat). Sofern der Rat Beschlüsse mit qualifizierter Mehrheit zu fassen hat, werden die Stimmen der Mitglieder folgendermaßen gewogen: Die Bundesrepublik, Frankreich und Italien je 4, Belgien und Holland je 2 Stimmen, Luxemburg eine Stimme. Dem Rat obliegt der größte Teil der Entscheidungen in der Gemeinschaft.
3. Eine Kommission. Sie besteht aus fünf Mitgliedern verschiedener Staatsangehörigkeit, die aber alle Staatsangehörige der Mitgliedstaaten sein müssen. Sie sollen auf Grund ihrer Befähigung ausgewählt werden und müssen volle Gewähr für ihre Unabhängigkeit bieten. Die Mitgliederzahl der Kommission kann vom Rat mit einstimmigem Beschluß geändert werden. Ihre Amtszeit beträgt vier Jahre, die Wiederernennung ist zulässig, die Ernennung erfolgt durch die Regierungen. Eine Amtsenthebung von Kommissionsmitgliedern bei schweren Verfehlungen ist auf Antrag des Rates oder der Kom-

mission durch den Gerichtshof der Gemeinschaft zulässig.

Die Kommissionsmitglieder dürfen Anweisungen von einer Regierung oder einer anderen Stelle weder anfordern noch entgegennehmen. Während ihrer Amtszeit dürfen sie keine andere Berufstätigkeit ausüben. Der Präsident und der Vizepräsident der Kommission werden unter deren Mitgliedern auf zwei Jahre gewählt; die Wiederwahl ist zulässig.

Die Kommission hat die Aufgabe, für die Anwendung der Vertragsbestimmungen oder der sich daraus ergebenden weiteren Vereinbarungen zu sorgen, Empfehlungen oder Stellungnahmen abzugeben, aber auch nach Maßgabe des Vertrages eigene Entscheidungen zu treffen. Ihre Beschlüsse werden mit Mehrheit gefaßt.

Bei der Kommission wird ein aus 20 vom Rat nach Anhören der Kommission zu ernennenden Mitgliedern bestehender Beirat für Wissenschaft und Technik gebildet, der beratende Funktionen hat. Die an keine Weisungen gebundenen Mitgliedern des Beirates werden auf fünf Jahre ernannt, die Wiederwahl ist zulässig.

4. Der Gerichtshof, der aus sieben Richtern besteht und von zwei Generalanwälten unterstützt wird. Seine Aufgabe ist die Wahrung des Rechts bei der Auslegung und Anwendung des Euratom-Vertrages.

(Es ist möglich, aber noch nicht entschieden, daß einige dieser Organe künftig mit den entsprechenden Organen der Motanunion und des Gemeinsamen Marktes identisch sein werden.)

Der Rat und die Kommission werden schließlich noch durch einen Wirtschafts- und Sozialausschuß mit beratenden Funktionen unterstützt. Seine 101 Mitglieder, die vom Rat durch einstimmigen Beschluß auf vier Jahre ernannt werden, werden aus den verschiede-